

Besetzungsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlin und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207

SEIN Traum.

Fecht — wenn ich noch einmal auf Vater und Mutter schießen lassen könnte . . .!



Bauer und Volksentscheid.

Was die Bauern ihren Herrscherhäusern verdankten.

Daß die deutschen Fürstentümer nach dem Vorbild des ostelbischen Großgrundbesitzes in erster Linie durch das Schinden und „Legen“ leibeigener Bauern entstanden sind, scheint die in das Schlepptau des Landbundes genommene deutsche Bauernschaft völlig vergessen zu haben. Mit dem Schredgespenst des „Bolschewismus“ will man sie vergessen machen, wie die heutige Besitzverteilung am flachen Land entstanden ist und welche Rolle dabei der deutsche Landesfürst gespielt hat.

Bis zur Reformation, schlimmstenfalls bis zum Dreißigjährigen Krieg war der deutsche Bauer ein freier Herr und verfügte etwa über neun Zehntel des gesamten Grund und Bodens; ein Teil der Bauern war zinspflichtig an einen der „geistlichen Herren“, ohne daß diese „Zinsnechtschaft“ allzu drückend empfunden worden wäre; denn nach einem mittelalterlichen Sprichwort war „unter dem Krummstab gut wohnen“.

Die Reformation lieferte die Bauern der Klöster und Stifte den Fürsten aus, deren Amtleute über sie herfielen, um sie zu scheren, wie das liebe Vieh; der Dreißigjährige Krieg aber verübte die „Laiendörfer“ Mittel- und vor allem Ostdeutschlands derart, daß der Adel den am Leben und auf der Huße gebliebenen Rest der Bauern mit Hilfe des durch fürstliche „Justitiare“ eingeführten „römischen Rechts“ kurzerhand enteignen konnte. Der „Landesfürst“ aber rührte keine Hand zugunsten der brutal enteigneten und persönlich entrechteten Bauern, sondern sanktionierte den „Raub“ durch die „Bauern-, Schäfer- und Gefindeordnungen“, ja er ging durch seine Amtshauptleute auf dem Gebiet des „Bauernlegens“ bahnbrechend vor. Unter „Legen“ verstand das Volk die „Niederlegung des Hengstes zur Kastration“; ein sehr bezeichnender Ausdruck für das Enteignungsverfahren der Amtshauptleute und Junker. Der Gutsherr war zwar durch das Ausleihen einer geringen Geldsumme an den durch den Krieg ruinierten Bauern mit Hilfe des „römischen Rechts“ auf dem Weg der Schuldknechtschaft in den Besitz des Bauerngutes gelangt. Der Bauer aber ließ dem neuen Herrn, der ihm die Haut über den Kopf ziehen wollte, davon. Da sprang hilfsbereit der „Landesfürst“ wieder in die Bresche und bestimmte, so z. B. in der mecklenburgischen „Gefinde- und Tagelöhnerordnung“ von 1654, daß die Bauersleute nicht ohne Vorwissen der Obrigkeit sich verloben oder ihre Huße verlassen dürften, „weil sie nach Landesgebrauch mit Knechtschaft und Leibeigenschaft samt ihrem Weib und Kindern verwandt und daher ihrer Person selbst nicht mächtig sind“.

So wurden in Mecklenburg unter dem Hohnlachen der herzoglichen Amtmännern in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts etwa 7000 Bauern „gelegt“. 1755 bestätigte der Herzog das von den Junkern angemachte Recht des „Bauernlegens“, verbot lediglich das „Legen ganzer Dörfer“. Trotzdem legten die mecklenburgischen Ritter im Zeitraum von 27 Jahren noch 49 Dörfer mit 137 Bollhufnern und 20 „Kossäten“ und verführten, wie Paul Kampffmeyer in seinem im „Vorwärts“-Verlag erschienenen Buch „Geschichte der modernen Gesellschaftsklassen in Deutschland“ berichtet, mit den ihnen vom Herzog ausgelieferten Bauern wie die Banditen. Sie peitschten ihre Leibeigenen ärger als das liebe Vieh, packten sie auf den „Esel“ oder spannten sie in den „Bod“. Von den im 17. Jahrhundert noch existierenden 12 000 ritterschaftlichen, d. h. freien Bauern, waren im Jahr 1860 lediglich mehr 1300 vorhanden. „Die Wohnung des mecklenburgischen Edelmanns, der seine Bauern legt“, schreibt der Freiherr vom Stein, „tammt mir vor, wie die Höhle eines Raubtiers, das alles um sich verodet und mit der Stille des Grabes umgibt“.

In Schleswig-Holstein war es nicht viel anders. auch hier hatte der Dreißigjährige Krieg die Bauern zu Tausenden niedergemäht und dem Adel die Möglichkeit zum „Ausflachten“ der Bauern gegeben. Auch hier gingen die landesherrlichen Amtmänner voran! So hat in zwei kurzen Jahren der berühmte herzogliche Amtmann Blasius von Ranzau drei Dörfer, Lübersdorf, Bollbrügge und Kremsdorf „niedergeworfen“. Durch landesherrliche Verfügungen und landgerichtliche Entscheidungen wurde die „Leibeigenschaft“ in Schleswig-Holstein sanktioniert.

In Pommern sorgte die „Bauernverordnung“ vom 16. Mai 1616 dafür, daß man hier gegenüber Mecklenburg nicht im Rückstand blieb. Eine barbarische Gefindeordnung half dazu, daß die entrechteten Bauern nicht entliefen. Der adlige Herr hatte das Recht, den Namen eines Entlaufenen auf den „Raf oder Galgen“ zu schlagen und ihn durch ein Brandmal in den Backen unehrig zu machen. Sobald die Bauern revoltierten, sandte der Kurfürst seine Soldaten und stellte „Ruhe und Ordnung“ durch Einquartierungen und, wenn nötig, durch einen Kirchhofsfrieden wieder her.

In Ostpreußen schlug man natürlich auf diesem Kulturgebiet den Reford. Hier konnte man die Bauern beliebig verkaufen und vertauschen und taufte einen „Leibeigenen“ gelegentlich gegen einen guten Jagdhund aus.

In der Altmark wurde das Bauernlegen schon im Jahre 1540 durch einen Landtagsrezeß als „ein guter alter Brauch“ bezeichnet. In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts sind allein in der Mittelmark 426 Bauern „ausgekauft“ worden. Im 30jährigen Krieg aber verübte die ganze Mark, und die Amtleute und Junker hatten ein leichtes Spiel. So blieben in Teltow von 2000 Bauern und Kossäten

Stimmrecht ist Stimmpflicht!

Ein Aufruf des Generals Berthold v. Deimling.

Einer der wenigen Generale, die ihren Weg zur Republik gefunden haben, Berthold v. Deimling, veröffentlicht in der „Frankfurter Zeitung“ folgenden Aufruf:

Die Weimarer Verfassung hat das deutsche Volk von dem Niveau des politisch strammstehenden Untertanen emporgehoben zu dem des milderantwortlichen Staatsbürgers und hat ihm als höchstes Zeichen der Volkssouveränität das Recht des Volksentscheids verliehen.

Dieses Recht soll jetzt zum ersten Male seit Bestehen der Republik am 20. Juni ausgeübt werden.

Da geschieht das Unglaubliche, daß die Führer der reaktionären Parteien ihren Parteigenossen kurzerhand die Teilnahme an der Abstimmung verbieten und sie so an der Ausübung ihres höchsten verfassungsmäßigen Staatsbürgerrechts hindern wollen.

Aufrichtige Männer und Frauen werden sich ja diesem herabwürdigenden Entmündigungsverfahren nicht fügen, sondern sie werden trotz des Verbots der Parteigrößen zur Urne gehen. Nur Knechtsnaturen können sich das Parteihängelschloß vor dem Mund ruhig gefallen lassen.

Warum geben denn die Monarchisten nicht die Parole aus, am 20. Juni mit „Nein“ zu stimmen? Das wäre klar und aufricht. Aber die Verfassung soll sabotiert werden! Wenn am 20. Juni weniger als die Hälfte der Stimmberechtigten, das sind 20 Millionen Bürger, zur Urne gehen, dann werden hinterher die Gegner der Republik sagen: „Sehr Ihr, das Volk hat durch Fernbleiben selbst gezeigt, daß es gar nichts wissen will von Volksentscheid und Volkssouveränität. Wir haben es ja immer gesagt, daß die Demokratie nichts taugt für die Deutschen. Für sie ist das einzig Wahre die Monarchie, wo die Rassen die Knochen zusammenreißen und den Mund halten müssen . . .“

Rangelhafte Beteiligung am Volksentscheid würde also der Reaktion erwünschten Anlaß geben, dem neulichen Vorstoß gegen die Reichsflagge bald weitere Attacken gegen die Grundlagen der Republik folgen zu lassen.

Es geht somit am 20. Juni nicht nur um das Fürstentum, sondern es geht auch um die Republik.

Durch überwältigende Beteiligung muß das deutsche Volk kundtun, daß es sich das souveräne Recht des Volksentscheids nicht nehmen läßt und daß Volkssouveränität über Parteiautorität geht.

Darum muß die Parole für den 20. Juni lauten: **Alle Mann und alle Frauen an die Urne!**

Wie ein jeder stimmt, ob mit Ja oder mit Nein — bleibt ihm überlassen. Aber stimmen soll er!

Nur die Feigen und Gleichgültigen bleiben zu Haus.

Die aufrichtigen Männer und Frauen in Stadt und Land wird man daran erkennen, daß sie zur Urne gehen und sich durch keinen Terror abhalten lassen.

Reißt die Schwankenden, die Zaghaften und Gleichgültigen mit empor!

Alle Mann an die Urne!

Wilhelm klagt auch in Südwest!

„Privatbesitz“ an Diamantensfeldern?

Wolffs Bureau berichtet aus der südafrikanischen Hauptstadt Johannesburg:

Der Johannesburger „Sunday Times“ zufolge hat der ehemalige deutsche Kaiser bei dem Obersten Gerichtshof in Windhut eine Entscheidung dahin beantragt, daß der Familienbesitz der Hohenzollern in Südwestafrika nicht den Bestimmungen des Versailler Vertrags unterliegt, daß ein Verbot gegen die Zwangsverwaltung des Besitzes erlassen und daß der Grundbuchrichter angewiesen wird, in das Grundbuch als Eigentümer der Güter wieder die Familie Hohenzollern einzutragen.

Bisher war in Deutschland nichts davon bekannt, daß Wilhelm auch in Südwestafrika Grundbesitz erworben hätte. Aber da Wolffs Bureau über den Prozeß berichtet, muß es wohl wahr sein. Für diejenigen, die in Deutschland dem „armen Mann“ in Doorn schon am Verhungern sehen, wird die Mitteilung von seinen Gütern in Südwestafrika allerdings stark ernüchternd wirken! Freilich wird auch das südwestafrikanische Gericht sehr eingehend prüfen, ob der „Privatbesitz“ in Südwest nicht etwa ebenso entstanden ist, wie der meiste hohenzollernsche Privatbesitz in Preußen.

Demokraten für Fürstentum. Der demokratische Klub in Spandau fordert die Demokraten auf, am Sonntag, den 20. Juni, den Volksentscheid mit „Ja“ zu unterstützen, um den Fürsten zu nehmen, was dem Volke gehört. Denn Fürstentum sei eine staatspolitische Tat und habe mit den Rechtsgrundlagen des Privateigentums nicht das geringste zu tun.

lediglich tausend als freie Bauern auf ihrer Scholle. Die kurfürstliche Befehlsordnung von 1685 gab dem Gutsherrn das Recht, den entlaufenen „Gutsuntertanen“ mit „ewiger Gefängnis- und Besserungsarbeit“, auch nach Befinden „an Leib und Leben“ zu strafen, also Sklaverei und Negerhandel in Reinkultur!

In Oberschlesien aber haben die Bauern sicherlich am allermeisten Grund, für die Unversöhnlichkeit der Fürstenvermögen zu stimmen! Die dort herrschenden Zustände beschrieb der bekannte Nationalökonom Knapp in seiner „Bauernbefreiung“: „Die Kost der Weibeigenen war: fünf bis achtmal im Jahr Fleisch, oft von fränkem oder halbfreipreiertem Vieh. Hamster und das Fleisch von freipreierten, mit Schutt bedeckten Kühen essen sie als Delikatessen auf der Stelle und suchen es unter dem Schutt hervor. Halb nackt laufen die Weibeigenen herum. Die Weiber gehen noch im Oktober ganz ohne Hemd und haben bloß einen schlechten Weiberrock an und eine Tappe auf ihrem Leib. Wenn sie abgearbeitet und restlos ausgenutzt sind, fahren sie profanisch in die Grube und werden in eine von Rißbrettern zusammengelegte Kiste gelegt.“

Nur die strengste Zucht hält selbstverständlich die Arbeitsdörfer des 17. und 18. Jahrhunderts zusammen. Für Pferdejungen hatte man den Stod; Frauen setze man in das „Halseisen“, Männer in den „spanischen Mantel“. Sehr verbreitet waren „eiserne Prügel“ oder die „Lattenstrafe“; gelegentlich schnitt man den widerspenstigen Bauern auch die Zunge, eine Hand oder ein Bein ab, und wenn nicht anders ging, dann wurde eben im Namen des Landesherrn „Recht“ gesprochen und gehandelt. Die preußische Dorfpolizeiordnung vom 1. Mai 1804 kannte noch das „Züchtigungsrecht“ des Gutsherrn und umfaßte 35 Quartseiten mit Androhungen von Halseisen, Peitschenhieben, Spießrutenlaufen u. a. m.

Und die „Bauernbefreiung“? Die mußten sich die Bauern teuer erkaufen! Erst 1824 fiel in Mecklenburg die „Leibeigenschaft“, 1831 in Hannover, in der Oberlausitz und in Hessen, 1848 in den hüringischen Kleinstaaten. Fast ein Jahrhundert haben die „befreiten“ Bauern für ihre Erlösung bezahlt und überall war es der Landesfürst, der dem Adel durch seine „Agrargesetzgebung“ auf Kosten der Bauern Millionen in den Taschen warf!

Kein Mensch hat damals über „Raub und Diebstahl“ gezeckelt wie jetzt! Wenn also ein Stand in Deutschland zur „Fürsteneignung“ moralisch verpflichtet ist, dann ist es die Bauernschaft!

Der hochgeborene Graf.

Und seine „Arbeitsgemeinschaft“ in Lieberose.

Folgendes Flugblatt flattert uns auf den Redaktionstisch: An die Beamten, Bediensteten und Arbeiter der Herrschaften Lieberose und Straupitz! Der sogenannte Volksentscheid über die Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürstenthümern ist für mich keine einfache politische Angelegenheit, sondern eine

Aufforderung zu Raub und Plünderung.

Ich erlaube daher alle Beamten, Bediensteten und Arbeiter, welche mit mir in Arbeitsgemeinschaft stehen, sich am 20. Juni von der Wahlurne fernzuhalten.

Graf von der Schulenburg.

Der Junker Schulenburg — dessen Familie zu den Intimisten der Hohenzollern gehört und von der ein Sproß auch in der „Privatkanzlei“ des Reichspräsidenten sich aufhält — leistet sich eine ausgemachte Unversämtheit, wenn er die Ausübung eines verfassungsmäßigen Rechts als „Aufforderung zu Raub und Plünderung“ bezeichnet. Das Befehl, das am Sonntag zur Abstimmung kommt, ist ebenso wie jedes andere Befehl eine Abgabeverpflichtung, allerdings sehr grundlegenden Art. Nach den Begriffen des Junkers Schulenburg

und seiner agrarischen Berufsgenossen ist freilich jede Abgabe, die ein Grundbesitzer zahlen soll, „Raub und Plünderung“. Diese beiden Tätigkeiten aber betrachten sie als ein Vorrecht, das sie selbst von ihren Raubritter-Vorfahren übernommen haben. Der Staat hat nach ihrer Meinung nur das Recht, den Agrariern aus den Taschen der anderen zu bewilligen, nicht aber von ihnen und ihresgleichen zu fordern.

Das ist die eine Seite der Angelegenheit. Die andere ist die der Aufforderung an die „Beamten, Bediensteten und Arbeiter“ — man beachte die Klasseneinteilung! — der Abstimmung fernzubleiben, da sie mit dem hochgeborenen Grafen „in Arbeitsgemeinschaft“ stehen!

Die Gemeinschaft kennzeichnet sich doch nur darin, daß jene die Arbeit leisten und der Graf zusieht und die Vorteile einheimst! Oder ist es etwa bei den „Herrschaften Lieberose und Straupitz“ anders?

Der Aufruf stellt nichts anderes dar, als den unverschämten Versuch, durch wirtschaftlichen Druck die Ausübung des Stimmrechts unmöglich zu machen. Das aber verstößt gegen Reichsverfassung und Strafgesetzbuch. Wird sich ein Staatsanwalt finden, der das dem Grafen begreiflich macht? Wir glauben kaum. Deshalb muß das Volk selbst in übermäßiger Mehrheit am Sonntag den Nutznießern alten Raubrechts begreiflich machen, daß jetzt neues Recht geschaffen wird. Stimmt alle mit „Ja!“, auch — Lieberose und Straupitz!

Katholiken und Volksentscheid.

Der „Badische Beobachter“ gegen die Propaganda der Fürstendiener.

Die Verteilung von Flugblättern der Propagandazentrale der deutschnationalen Fürstendiener in katholischen Kirchen hat das Gegenteil des Erfolges bewirkt, den die Fürstendiener sich versprochen haben. Die Erregung in katholischen Kreisen darüber ist so groß, daß auch die Zentrumspresse aus ihrer Reserve heraustritt. Der „Badische Beobachter“, das Hauptorgan des badischen Zentrums, wendet sich mit folgenden Ausführungen gegen diese Propaganda:

„Erstaunt fragt man sich, wer sich denn hier an die Katholiken wendet, da bekanntlich die deutschen Bischöfe in einer Gesamtsynode bereits Stellung zu der Frage, um die es sich am 20. Juni handelt, genommen haben. Und da liegt man unter dem Flugblatt folgenden Druckvermerk: „Ernst Rütgers Verlag, Berlin SW. 61. Druck: Vaterländische Verlags- und Kunstanstalt, Berlin SW. 61, Johannstraße 4/5.“ Was wir als Frechheit bezeichnen, das ist die Tatsache, daß sich hier Kreise, die in keiner Beziehung zu den Katholiken stehen und von denen die Katholiken auch keinerlei Parole entgegenzunehmen haben, erfreuen, sich unter Mißbrauch einer bischöflichen Rundgebung, die vor zwei Monaten für die Diözese Passau gegeben wurde, an die deutschen Katholiken zu wenden, um ihnen zu sagen, was sie zu tun haben. Wir deutsche Katholiken verbitten uns eine derartige Annäherung. Wir brauchen keine Berliner und keine Ostelbier und keine „Vaterländischen Verlags- und Kunstanstalten“, um zu wissen was wir zu tun haben. Wer gibt das Geld für Druck und Verbreitung solcher Flugblätter, die offenbar in Millionen von Exemplaren hergestellt und verbreitet werden? Sind das vielleicht dieselben Kreise, die im April vorigen Jahres die deutschen Wähler und insbesondere die protestantischen Wähler gegen die Wahl des Katholiken Marx auf hetzten?

Solche ostelbische Methoden können vielmehr nur bewirken, daß man sich immer mehr mit Ekel von jenen unfein und undeutschen Geistes wegwendet, der aus dieser neuesten Annäherung, wie aus der Aktion spricht, mit der Herr von Loebell die deutsche Innenpolitik zu verwirren beliebte. Mit solchen Deuten will insbesondere unsere freireichliche und demokratisch gesinnte katholische Bevölkerung in Süddeutschland nichts zu tun haben und weist derartige Versuche, mit einer angemachten Autorität die wirt-

liche Autorität in Mißkredit zu bringen, mit der stärksten Enttäuschung zurück.“

Der entrüstete Protest des „Badischen Beobachters“ richtet sich gegen die Berausalter dieser Propaganda — aber richtet er sich auch gegen deren Inhalt? Wo ist die moralische Grundlage für solche Enttäuschung, wenn Zentrum und katholische Kirche den Fürstendienern Helferdienste leisten? Der wahre Protest besteht im Handeln beim Volksentscheid.

Eine notwendige Korrektur.

Die Oberprüfstelle gibt den Film zum Volksentscheid frei.

Heute vormittag um 1 Uhr entschied die Filmoberprüfstelle zugunsten des Film „Keinen Feind den Fürsten“. Der Prüfungsausschuß tagte unter den Vorsitz des Oberregierungsrats Dr. Seeger. Er schloß sich dem Gutachten des Sachverständigen Mühlstein an, der gefagt hatte, daß es sich hier zwar um einen Tendenzfilm handle, der aber keineswegs die öffentliche Sicherheit gefährde. Die Forderung, die die Filmprüfstelle in bezug auf Wilhelms Einkommen vorgebracht hatte, wurde verworfen. Der Film läuft von morgen ab in seiner ursprünglichen Gestalt.

Ueberfall auf Volksentscheidsfreunde.

Schwere Zusammenstöße im rheinischen Braunkohlenggebiet

Rhein, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Bei einem Propagandazug für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten kam es am gestrigen Sonntag im rheinischen Braunkohlenggebiet zu schweren Zusammenstößen zwischen Roten Frontkämpfern und Mitgliedern des Stahlhelms. Schon seit Wochen haben die Industriellen des Braunkohlenggebietes lebhaft Propaganda für die Stahlhelmorganisation gemacht und Arbeitern, die sich bereit erklärten, in diese Organisation einzutreten, allerlei wirtschaftliche Vergünstigungen gewährt. Begünstigt durch diese Werbemethoden der Unternehmer und ihrer Kreisläufe ist es dem Stahlhelm gelungen, im rheinischen Braunkohlenggebiet Anhang zu gewinnen. Nachdem bekannt geworden war, daß der Rote Frontkämpferbund im Bezirk Rhein für Sonntag die Parole ausgegeben hatte: Landpropaganda für die Fürsteneignung, trat der Stahlhelm zu einer Gegenaktion seine Vorbereitungen. Start bewaffnete Banden überfielen am Sonntag nachmittag bei Kierberg eine Abteilung des Roten Frontkämpferbundes. Es kam zu lebhaften Prügeleien, wobei von den Stahlhelmläusen Messer, Revolver und Gummiknüppel verwendet wurden. Ein Arbeiter und ein 12jähriger Junge wurden von den Stahlhelmläusen, die in der Uebermacht waren, so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußten.

Litauische Polizeibomben.

Gegen die Oppositionspresse.

Kowno, 14. Juni. (Rit.) Auf das in Schaulen erscheinende demokratische Blatt wurde am 2. Februar ein Bombenanschlag verübt. Wie das Blatt jetzt mitteilt, ist als Täter ein Beamter der Kriminalpolizei festgenommen worden. Er sagte beim Verhör aus, daß er die Bombe von dem Chef der Schaulener Kreispolizei mit der Anweisung erhalten habe, sie während der Arbeitszeit in die Redaktion des Blattes zu werfen. Dafür habe er einen Revolver, Geld usw. erhalten. Der Verhaftete sagte weiter aus, daß drei Polizeichefs und der Kreishauptmann von dem Anschlag gewußt hätten. Das Untersuchungsmaterial wurde der Staatsanwaltschaft mit dem Antrag übergeben, den Polizeichef Pajkovičius festzunehmen.

Dieses und andere Bombenattentate wurden noch unter dem Regime verübt. Inzwischen haben die Neuwahlen die Linksparteien zur Mehrheit im litauischen Sejm gemacht.

Der polnische Sozialist Moraczewski hat, wie wir hören, das Amt eines Unterstaatssekretärs noch nicht angenommen.

„Die große Unbekannte.“

Suppé erobert seine Auserkennung. Man feiert ihn wie einen großen Lebenden, denn die Zeit hat seinen leuchtenden Melodien wenig Schaden können. Einen Tag nach der „Fainiña“ in der Südtiroler Oper spielt das Theater des Westens „Die große Unbekannte“, ein beinahe vergessenes Werk wie viele, die Suppé geschaffen hat und von denen man noch die Duettstücke spielt. Vergleichen mit „Boccaccio“ oder „Fainiña“, bedeutet „Die große Unbekannte“ keinen Gipfelpunkt Suppéschen Schaffens, es fehlt das Witzige, Sprühende in der Melodie und Instrumentation. Schon das Libretto von Julius Wilhelm und Gustav Beer ist matter und dazu breiter angelegt als sonst in Suppés Operetten. Die Requisite schießen auf den ersten Konjunkt Bonaparte, als er, aus Ägypten kommend, in Paris einzieht; in den Verdacht der Tat gerät der Vicomte de Brichanteau, der während des Attentats bei der Frau des Generals Rapp weilte. Vor dem Standgericht verschweigt er den Namen der Frau, aber Lucia Rapp entdeckt das Geheimnis. Freigesprochen findet der Vicomte im dritten Akt die Geliebte wieder. Hinzu kommen komische Intermezzi, die nur lose mit der Haupthandlung verknüpft sind. Der Akt ruht auf der Arie, auf dem Duett, weniger auf der gedrängten Fülle des Geschehens oder auf der komischen Ausdeutung der Situation. Ein scharfer Schnitt liegt zwischen den ersten und den Buffopartien. Das Libretto ist eher für eine Oper geeignet als für eine Operette.

Und wie das Viretto, so ist die Musik, weit und lyrisch schwingend und in einzelne Nummern zerfallend. Die Arien und Duette, die fast alle dem Liebespaar Lucia-Brichanteau gehören, zeigen den Zug zur Oper und eine merkwürdige Ähnlichkeit in der Melodieführung und in der Instrumentation. Fast immer wird die Singstimme von hohen Streichern begleitet, gleichzeitig zeigen sie aber auch eine Neigung zur Gefühlseligkeit, eine beinahe Gaudeamus-schweigerische Süße, ein ewiges Schweben der melodischen Linie. Daneben fallen die Buffopartien ab, die Musik kommt hier über ein kultiviertes Mittelmaß kaum hinaus, sie wird nie banal, aber sie erreicht nicht das Format des „Boccaccio“, nur sein Terzett im zweiten Akt zwischen den drei Frauen zeigt den ganzen Suppé, es fehlt sonst das Witzige, Tänzliche, es fehlen die prägnanten Ensemblesätze und sprühenden Finales, der zweite Akt schließt mit reichem, Suppé gebraucht dazu aber die Marcelline. Das Ganze bedeutet einen Uebergang: nicht mehr Operette, aber auch noch keine Oper.

Die Aufführung leitete Georg Bruno gestrafft und temperamentvoll in den Buffopartien und in dem kleinen Ensemble des ersten Aktes, sonst betont in die Breite gehend. Eward Lichtenstein sang den Brichanteau mit Opernallüren, etwas nach Hoffmann oder Alfred Germont hin mit schöner, gebundener Kantilene, Elise Kochmann als seine Partnerin stellte hin und wieder klassische Pose und kämpfte mit der Höhe, sang aber ausdrucksgefüllt, Eugen Hietel und Eli Hoffmann in den Buffoszenen des Gemeinderats Babbeuf und der Fräulein Pauline waren sehr gute, unaufbringliche Operette.

„Nacht Tänzer“ Laban und die aufmerksamen Augen.

Rudolf v. Laban, der geniale Schöpfer des modernen Tanzstils, hat bekanntlich im Steinbachtal bei Würzburg eine Akademie für Bewegungskunst errichtet, in der Berufstänzerinnen und Tänzer ausgebildet werden sollen. Gegen dieses gefährliche Unternehmen lauten jetzt die Stimmen im Lande Sturm. Das Ortskartell der katholischen Vereine Würzburgs richtete am 21. Mai einen Einspruch an den Würzburger Stadtrat, in dem es heißt: „Mit wahrer Bestürzung haben die Vertreter der katholischen Vereine von dem Vorgehen Labans Kenntnis genommen. Nach dem, was aus eigenen Worten, aus der Presse und aus Erfahrungen in anderen Städten hier von Laban beachtet wird, ist man einstimmig zu dem Beschluß gekommen, an den geeigneten Stellen Verwahrung einzulegen gegen die auf Radikultur hinzielende Tanzakademie.“ In der Sitzung der katholischen Vereine habe man aber auch das Vertrauen zum Stadtrat zum Ausdruck gebracht, daß er ein solches Unternehmen von Würzburg fernhalte. Die katholischen Vereine werden solange Protest erheben, bis die Gefahr beseitigt sei. Auch das bischöfliche Ordinariat landete am 9. Juni an den Stadtrat ein Schreiben, in dem unter Bezugnahme auf Zitate aus Labans Buch „Die Welt des Tänzers“ gegen die Tendenzen, die mit der Labanschen Akademie verbunden sind, Einspruch erhoben wird.

Am 10. Juni kam die Angelegenheit zur Behandlung im Würzburger Stadtrat. Oberbürgermeister Dr. Pöfller erklärte, daß ihm von verschiedenen Persönlichkeiten, die sich die Veranstaltungen Labans im Steinbachtal angesehen haben, berichtet werde, daß nichts an ihnen zu beanstanden sei. Der Oberbürgermeister schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Ich bin auch kein Vertreter der Radikultur, aber sie wird ebenso wenig wie die äußere oder innere Kultur durch Stadtratsbeschlüsse gelöst. Hier handelt es sich um weltanschauliche Fragen tiefgehender Natur. Zurzeit bin ich nicht in der Lage, in irgendeiner Weise etwas anderes vorzuschlagen, als abzuwarten, bis die aufmerksamen Augen, die Labans Arbeit beobachten werden, und unsere eigenen Augen etwas entdecken, was zu beanstanden ist. Dann aber wird eingeschritten werden müssen. Einstweilen verneine ich, daß etwas geschehen kann.“

Wie wir die „aufmerksamen Augen“ der Frommen im Lande kennen, werden sie ganz gewiß bald etwas „entdecken“. Dann kann die Hege weitergehen.

Die Volkshöhne G. V. nimmt schon jetzt Mitglieder für die nächste Spielzeit an. Jedes Mitglied der Volkshöhne erhält im kommenden Jahr 6 bis 7 Vorstellungen in den eigenen Theatern des Vereins (Haus am Bülowplatz und Haus am Schiffbauerdamm), ferner 2 bis 3 Vorstellungen in der Oper am Platz der Republik und endlich 2 bis 3 Vorstellungen, die sich auf das Schiller-Theater und auf das von Dir. Felix übernommene Thalia-Theater verteilen. Der Beitrag wird auch im nächsten Jahr wiederum 1,50 M. für jede Abendvorstellung (bei Opern 1,80 M.) ausmachen.

Ein Denkmal für Sarah Bernhardt wurde in Paris auf dem Platz Valdesherbe eingeweiht. Es stellt die berühmte Schauspielerinn sitzend in einer ihrer Rollen dar.

Die Ausgrabung des Theaters von Korinth. Die Amerikaner haben bei ihren Ausgrabungen auf der Stätte des alten Korinth einen großen Erfolg erreicht. Wie aus Athen berichtet wird, gelang es ihnen, die vollständige Orchester des alten Theaters auszugraben, die als ein hervorragendes Beispiel des antiken Theaterbaus sich darstellt. Es wurden auch die Bostreliefs des Prosceniums aus der römischen Zeit gefunden, die Wagenkämpfe darstellten, und Reliefs der hellenistischen Periode, die eine Gigantenschlacht zeigen.

Neue Städtenamen in Sowjetrußland. Die Umbenennung russischer Städte zu Ehren verdienter Bolschewisten wird fortgesetzt. So erhält die Stadt Tschukow in der Ukraine den Namen Frunse zum Andenken an den unglücklich verstorbenen Kriegskommissar. Die Stadt Altschewskaja und das dort befindliche große Eisen- und Stahlwerk Dones-Tschurjewskaja erhalten den Namen Woroßilowo nach dem jetzigen Oberkommandierenden der Roten Armee Woroßilow, der auf dem genannten Werke seine Lehrlingszeit als Metallarbeiter verbracht hat. Die von der Kaiserin Katharina II. gegründete Stadt Tscheljabinsk soll künftig nach dem ukrainischen Bolschewistenführer Petrowski Dnjepropetrowsk heißen.

Die Dokumente des Christoph Columbus. Die spanische Regierung hat jetzt von dem Herzog von Veragua die Dokumentensammlung von Christoph Columbus erworben. Die Dokumente, die später in einem besonderen Museum untergebracht werden sollen, sind zurzeit bei der spanischen Staatsbank in Madrid deponiert. Die Dokumente enthalten nicht nur den gesamten Briefwechsel von Christoph Columbus mit der spanischen Regierung und den einzelnen Gouverneuren, die verschiedenen Regierungsbefehle und die einzelnen Privilegien, die Columbus von der spanischen Regierung gewährt wurden, sondern auch Tagebücher und Protokolle von Verfahren, die Christoph Columbus gegen einzelne seiner Mitarbeiter im Gerichtsverfahren angestrengt hat. Einige der interessantesten Stücke sind die See- und Landkarten, die Christoph Columbus benutzt hat.

Internationaler Kongreß der Theaterkritiker in Paris. Der Internationale Kongreß der Theaterkritiker wurde Sonnabend eröffnet. Frankreich ist durch Bourget, Deutschland u. a. durch Ludwig Fulda und Arnold Bronnen vertreten. Auf der Tagesordnung des Kongresses stehen die internationale Anerkennung des dramatischen Urheberrechts, die Vereinfachung der Bestimmungen über den Urheberrecht nach dem Tode des Verfassers, die Frage der Uebersetzung und Bearbeitung und die Schaffung eines unabhängigen Verbindungsorgans zwischen den Vereinigungen. In seiner Sonntag-Sitzung beschloß der Kongreß die Bildung einer allgemeinen Vereinigung der Bühnenkritikerverbände.

Jubiläum des Theaters a. d. Wien. Am Sonntag beginnt das Theater a. d. Wien das Jubiläum seines 125jährigen Bestehens. Der Fester, bei der hervorragende Kräfte aller Wiener Bühnen mitwirken, wählten der Bundespräsident, Bürgermeister Dr. Waber und der Bürgermeister von Wien bei.

Jund eines prähistorischen Schädel. Das Mitglied des Londoner Instituts für Paläontologie, Arduen Garro, fand bei Ausgrabung in Gibraltar das Ständchen und andere Teile eines menschlichen Schädel, nicht größer wie der berühmte „Gibraltar-Schädel“. Der neu entdeckte Schädel soll ein Alter von 20000 Jahren haben.

Geslers Versprechungen.

Wie Geslers Versprechungen eingehalten werden.

Bei dem Regimentstag des 1. Garderegiments zu Fuß, an dem auch eine Traditionskompagnie der Reichswehr und eine Reichswehrtapelle teilnahm, gab es, wie uns aus Potsdam geschrieben wird, nicht nur einen Appell vor den Prinzen Eitel-Friedrich und Oskar, sowie der Generalität, sondern die Reichswehrmitglieder mußten nach Entgegennahme eines Kaiser-telegramms auch ein Hoch auf „unseren geliebten obersten Kriegsherrn“ über sich ergehen lassen. Damit kein Zweifel darüber bestehen konnte, was damit gemeint war, schloß der Festredner, Major a. D. Graf Eulenburg mit dem Bekenntnis:

„Wir wollen an dieser Stelle das Gelöbniß ablegen und mit uns nach Hause nehmen, treu zu bleiben unserer Lieberlebung, den Toten und ihrem Vermächtnis und unserem alten Herrscherhause.“

Es ist nicht lange her, daß aus Anlaß ähnlicher ständiger Vorkommnisse in der Augustiner-Kaserne (Sitz von Armin-Rede) der Reichswehrminister Dr. Gesler in Beantwortung einer sozialdemokratischen Interpellation feierlich gelobte, daß so etwas nie wieder vorkommen würde. In seiner Reichstagsrede vom 3. März d. J. hatte Dr. Gesler erklärt:

„Die Genehmigung zu jeder Beteiligung an einer Denkmalsentwässerung ist geknüpft an die Genehmigung des Ministers. Der Minister gibt diese Genehmigung nur, wenn ihm die Zusage — die christliche Zusage — von den Veranlassern gegeben ist, daß ein würdiger und unpollitischer Verlauf gesichert ist. Ich übe nicht gern Zensur aus. Es liegt nicht in meiner Art, einem alten verdienten General seine Rede durchzulesen, bevor er sie hält. Die Vorgänge bei der Entwässerung des Augustiner-Denkmal haben mich allerdings veranlaßt und werden mich veranlassen, wie in allen Fällen, wo mir Zweifel aufkommen könnten, die Reden vorher vorlegen zu lassen, und sie durchzulesen; denn nur dann bin ich in der Lage, die politische Verantwortung zu tragen. Es ist also nicht an dem, daß von mir nichts geschehen wäre. ... Wenn die Herren ihrer Anhänglichkeit an den früheren Kaiser Ausdruck verleihen wollen, ist es ihr gutes Recht. Aber dann bitte, entweder bei anderen Gelegenheiten und bitte, dann uns zu diesen Veranstaltungen dienlich nicht einzulassen.“

Wenn diese Erklärungen einen Sinn hatten, so galten sie nicht nur für Denkmalsentwässerung, sondern selbstverständlich auch für „Regimentstage“ und überhaupt für alle Veranstaltungen, zu denen die Reichswehr gebeten wird, ihre Rustkapellen herzugeben. Und es wäre eine grobe Farce, wenn zwar die Reden mit dem Reichswehrministerium vereinbart würden, aber für Verlesungen von Telegrammen aus Doorn und für Hochrufe auf den „geliebten Obersten Kriegsherrn“ die Befehlshaber freie Hand bestielten.

Entweder Herr Gesler tanzt auf der Nase des Reichstages herum, oder die alten Egzellenzen tanzen auf seiner Nase herum. In dem einen und in dem anderen Falle muß aber unbedingt Remedur geschaffen werden, indem Reichswehrmusik zu solchen Veranstaltungen überhaupt nicht mehr zugelassen wird.

Der Sitz-von-Armin-Standort ereignete sich gerade in den Tagen, als Luther und Stresemann in Locarno anwesend waren. Als die führenden Herren der deutschen Delegation von den ausländischen Unterhändlern auf den Widerspruch zwischen diesen militärisch-monarchistischen Kundgebungen und der Friedenspolitik der Reichsregierungen hingewiesen wurden, gaben sie ihrer Empörung gegen diese nationalistischen Treiber in der Heimat heftigen Ausdruck. Sie versicherten insbesondere, daß sie dafür sorgen würden, daß nach Locarno endlich damit Schluss gemacht werde. Die Art, wie diese Versicherungen erfüllt werden, muß im Auslande besonderes Vertrauen in das Wort deutscher Minister erwecken. Im Inlande ist dieses Vertrauen jedenfalls längst geschwunden.

Die Genfer Zwischenfälle.

Bethlen-Chreize und gestörte Matteotti-Feier.

Genf, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der schweizerische Bundesanwalt und der Genfer Staatsanwalt sind nach längerer Beratung dahin übereingekommen, die Affäre Justiz-Bethlen einem eidgenössischen Strafgericht zu überweisen. Das Bundesstrafgesetz sieht für Befehlshaber von Vertretern fremder Staaten — also für die Bethlen-Chreize — eine Gefängnisstrafe bis zu 3 Monaten mit Buße bis zu 2000 Franken vor. Der Genfer Kantonsrat hat am Samstag nachmittag über den Hinauswurf der Fiskisten an der Matteotti-Feier beraten, wobei eine Verletzung der sozialistischen Versammlungsleitung und Redner nicht festgestellt werden konnte. Die Untersuchung gegen die verhaftet gewesenen Fiskisten ergab, daß diese mehrere Schusswaffen besaßen haben, die ihnen abgenommen wurden. Aus Bern wird mitgeteilt, daß die italienische Regierung vom Bundesrat eine genaue Untersuchung verlangt habe. Diese wird jedoch kaum zugunsten der Fiskisten ausfallen, wie die Debatte im Kantonsrat zeigt.

Programm der Marokkokonferenz.

Beginn heute in Paris.

Paris, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die französische spanische Marokkokonferenz, die heute im französischen Außenministerium beginnt, wird sich mit drei Problemen zu befassen haben: 1. Festschreibung des Rifstaats, 2. genaue Grenzziehung zwischen der französischen und spanischen „Einflußzone“ und 3. Entschreibung über das Schicksal Abd el Krim's. Die Regelung dieser Fragen soll im Rahmen der bestehenden internationalen Verträge erfolgen. Das Bestreben Frankreichs und Spaniens geht dahin, das Rifproblem als ein ausschließlich französisch-spanisches zu behandeln und die Ausdehnung der Konferenz zu einer internationalen, an der alle Unterzeichner der Algeiras-Akte (dazu gehörten u. a. auch Oesterreich-Ungarn und Rußland) Red. des „Bismarck“) teilnehmen würden, zu vermeiden. Frankreich und Spanien müßten, so wird erklärt, in dieser Hinsicht um so vorsichtiger sein, als sie mit den Ansprüchen anderer Staaten, vor allem Italiens, zu rechnen hätten.

Nach dem „Petit Parisien“ sind Frankreich und Spanien dahin übereingekommen, das Rifproblem als ein Sicherheitsproblem zu behandeln. Es geht vor allem die Entwaffnung der noch nicht unterworfenen Stämme, die Unterbindung des Waffenhandels und die Schaffung eines Postensystems an der Grenze zwischen der französischen und spanischen Zone, um das Uebergreifen eines Aufstandes von der einen in die andere Zone zu vermeiden. Abd el Krim soll mit seiner Familie in eine der französischen Kolonien, voraussichtlich Madagaskar, verbannt werden.

Die kleine Entente verlängert.

Das tschechisch-polnisch-rumänische Verteidigungsbündnis Bukarest, 14. Juni. (WTA.) Der rumänische Minister des Aeußern, der jugoslawische und der tschechoslowakische Botschafter unterzeichneten das Abkommen, durch welches das Verteidigungsbündnis zwischen Rumänien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei auf drei weitere Jahre verlängert wird.

Wo ist mein Abstimmungsraum?

Ärmliche Bekannmachungen mit genauer Angabe der Abstimmungsräume, in denen beim Volkentscheid ihre Stimme abzugeben haben, werden in den einzelnen Verwaltungsbezirken Groß-Berlins von den Bezirksämtern am Dienstag, am Mittwoch, am Sonnabend, am Sonntag durch öffentlichen Anschlag verbreitet werden. Es empfiehlt sich, daß jeder Stimmberechtigte diesen schon in den ersten Tagen keine Aufmerksamkeit schenkt, und sich beiseiten aus ihnen darüber befehlet, in welchen Abstimmungsraum er am 20. Juni seine Stimme abzugeben hat. Rechtszeitige Beachtung der öffentlichen Anschläge ist auch deshalb nötig, weil die Abgrenzung der Stimmbereiche diesmal zum Teil geändert worden ist.

Feuersurm gegen Volkentscheid.

Folgender Terrorakt ereignete sich, wie uns geschrieben wird, in Gr.-Schmöcklin im Kreise Jülichau. Unsere Genossen hatten dort eine Versammlung einberufen. Lange nach 9 Uhr fanden sich die ersten Besucher ein. Plötzlich fielen unter diesen ein geschlossener Zug auf, die Trabanten des Großgrundbesizers. An der Spitze der Lehrer mit seiner Frau, der Leibdiener u. a. Unser Redner Genosse Kubig aus Pantow hatte kaum seine Ausführungen begonnen, als auch sofort heftige Zwischenrufe einsetzten. Er gab eine Uebersicht über den Verlauf der Fürstentumsentscheidungsfrage und kam dann auf die bürgerlichen Flugblätter zu sprechen. Als er aus einem solchen den blühenden Unfuss über die weitere Enteignung der Kirche, des Großgrundbesizers, des Kleingrundbesizers, aller, die eine Kuh, ein Pferd, ein Bett, einen Tisch und Stuhl haben, vorlas, wurde das Signal zur Sprengung der Versammlung gegeben. Unter Führung des Lehrers und seiner Frau begann ein Toben, der Leibdiener zeigte seine Fähigkeiten im Pfeifen, bis schließlich der Feuerzettel im Saale ertönte. Gleich darauf erklang die Feuerkugel und alles stürzte in den strömenden Regen hinaus. Unter dem bald zurückkehrenden Besuchern verbreitete sich sehr schnell die Nachricht, daß mit diesem zur rechten Zeit angemachten Feuer nur die Sozialdemokraten ausgeräuchert werden sollten. Als sehr bald die Feuerwehreinheiten völlig durchnäht zurückkamen, erklärte der Führer, daß er seine Sachen hinwerfen würde, das Theater mache er nicht mehr mit. Es bestätigte sich, daß ein Hausen Streu, der vom Gute an einen bestimmten Ort gefahren war, brannte. Im Gasthause beschwerten sich bitter mehrere Einwohner, die vom Gute Streu erdeten haben, aber schroff abgewiesen wurden. Als schließlich unsere Genossen gegen 2 Uhr nachts die gastliche Stätte verließen, konnten sie die Gemüthlichkeit mitnehmen, daß weit über die Einzugsstunden hinaus am 20. Juni Stimmen für den Volkentscheid abgegeben werden.

Salentzschüler-Unfug.

Bei dem gestrigen Demonstrationen der schwarzweißroten Fürstentumsteine im Lustgarten sah sich vor allem ein wüthig ständischer Trupp braunbekleideter Hitler-Burschen heroo, der unter anhaltendem Lärmen die Gegend um den Lustgarten unsicher machte. Unter den Jungens, die Hochrufe auf Hitler ausbrachten und wüthig Heßlieder gegen die Republik sangen, befanden sich eine Anzahl Schüler höherer Lehranstalten, die frisch, fromm, led und frei ihre Klassenmägen auf dem Kopf trugen. Das sind die Früchte der schwarzweißroten Pädagogik, wie wir sie leider nur zu oft an Berlins höheren Schulen beobachten können. Den verheßten Jungens läte eine tüchtige Aufführung weit mehr Not, als das „patriotische“ Rauberwüth ihrer monarchistischen Professoren.

Ferner kam es am Dranienplatz am Sonntag nachmittag zu einem brutalen Ueberfall eines Trupps ständischer Böllschers auf einen Reichsbannermann, der friedlich auf dem Platz stand und Flugblätter verteilte. Die Kommissen stürzten sich auf den Republikaner, beschimpften ihn aufs unsäglichste und schlugen ihn mit Knäpeln nieder. Empörte Passanten mischten sich ein, es kam zu einer schweren Schlägerei, so daß Schutzpolizei mit Gummiknüppeln eingreifen mußte.

Tödliche Schüsse in der Notwehr.

Folgen der Trunkenheit.

In der Notwehr hat gestern abend der Schankwirt Paul Bauer in der Wiesenstr. 27 einen Ruffischer Paul Kühn aus der Kösliner Str. 4 erschossen. Kühn war bereits nachmittags einmal bei Bauer eingekerkert. In einem Streit, den er begann, beschimpfte er den Wirt und bedrohte ihn mit einem Revolver. Bauer wies ihn daraufhin aus dem Lokal hinaus und Kühn entfernte sich auch. Abends gegen 11 Uhr aber kam er betrunken wieder und forderte von neuem Getränke. Als der Wirt sich weigerte, ihm etwas einzuschmecken, beschimpfte er ihn von neuem. Der wiederholten Aufforderung, das Lokal zu verlassen, leistete er jetzt keine Folge. Obwohl sich andere Gäste ins Mittel legten, geriet er immer mehr in Wut und wurde tällig. In der Schlägerei griff Kühn nun abermals, wie am Nachmittag, in die Tasche, um seinen Revolver zu ziehen. In dieser Notlage zog Bauer seinen Trommelrevolver und gab drei Schüsse auf den Angreifer ab. Zwei trafen ihn in die Brust, einer in den Kopf. Kühn brach zusammen und gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich. Während einige Gäste sich um ihn bemühten, benachrichtigten andere die Polizei des 41. Reviers. Die Beamten brachten den Schwerverletzten nach der Rettungsstelle in der Lindower Straße, wo er unter den Händen des Arztes starb. Das Lokal wurde von der Polizei geschlossen, der Wirt zur Wache gebracht. Nach Aussage der Gäste hat er in der Notwehr gehandelt. Kühn war trotz Einspruchs der Gäste immer von neuem auf den Wirt eingedrungen.

Bannerweihe in Freienwalde a. d. O.

Die Kameradschaft des Reichsbanners Freienwalde a. d. O. Oberweihe gestern die Kameradschaftsfahne. Obwohl am letzten Sonntag vor der großen Entscheidung die Berliner Kameradschaften mit Hochdruck arbeiteten, hatten sie nach der Märkischen Schweiz starke Abordnungen entsandt. Ueberall grüßte das Schwarzrotgold, und Ehrenportien boten den auswärtigen Kameraden den Willkommen. Prof. Dr. Bergsträßer, R. d. R., weihte die Fahne. Er führte aus: Wir wollen Ruhe und Frieden im Innern. Wir wollen kein Säbelgerassel abgetakelter Generale, die ihre Pension von der Republik stillschweigend einziehen. Entweder überläßt der Innenminister die sogenannten Reichstalbühnenvereine, die Uebungen der Rechtsverbände, oder wir fordern in der freien Demokratie das gleiche Recht für uns. Mit dem Hoch auf die deutsche Republik übergab er der Kameradschaft die Fahne. Dann sprach der Provinzvorstand der Berliner Winderhorstbünde, Kamerad Zimmermann: Wir durchleben Tage höchster politischer Aktivität. Am kommenden Sonntag geht es nicht nur um die Fürstentumsentscheidung, sondern um die Frage: Republik oder Monarchie. Zur Wahl zu stehen soll jeder schreiten, um zunächst damit die geheime Wahl zu sichern. Ist es nicht Arbeitslohnenteignung, wenn Herr v. Borff von seinen Arbeitgebern 20 Pf. für jeden Arbeiter zum Zweck der Gegenpropaganda fordert? Hinein ins Reichsbanner, zum Schutz der Republik. So wollen wir republikanische Parteien zusammenziehen auch über den 20. Juni hinaus.

„1000 Meter über Berlin“.

Im „Frankfurter Hof“, Frankfurter Allee 313, wurde die Schau- stellung eines plastischen Kolossalmodells der Stadt Berlin eröffnet. Auf einer kreisrunden Fläche von 5,3 Meter Durchmesser und circa 22 Quadratmeter Inhalt steht man ungefähr 900 Häuserhöhen mit rund 30000 Häusern, darunter allen Bahnhöfen, Flughäfen und Brennpunkten der Weltstadt. Das wirklich interessante Modell, ein Meisterstück an Fleiß, Präzision und Energie, wurde von drei Handwerkern in einem Schornstein, einem

Kaufmann und einem Klavierbauer, den Herren Hahn, Tapfe und Wehner — in circa siebenjähriger Arbeit hergestellt. Allein die Zeichnung des Grundplanes nahm ein Jahr in Anspruch. Bei der Ausführung dieser unendlichen mühsamen Arbeit begegneten die Erbauer verschiedenster Schwierigkeiten. Sie kletterten auf Bäumen, Häuserfassaden, um die naturgetreue Zeichnung vorerst herzustellen und wurden hierbei des öfteren als Diebe und Einbrecher festgenommen. Mit zähem Fleiß arbeiteten sie sich durch alle Widerwärtigkeiten hindurch. Das Modell bietet eine ausgezeichnete Orientierung für den Fremden wie auch eine interessante Darstellung der ungeheuren Entwicklung Berlins.

Gerüsteinbruch in Lichterfelde-Öst.

Drei Arbeiter verletzt.

Ein schweres Unglück ereignete sich heute mittag gegen 12 Uhr in der Bismarckstraße 4 in Lichterfelde-Öst, wo an einem dreistöckigen Wohnhause Dach- und Fassadenarbeiten ausgeführt werden. Zu diesem Zwecke wurde ein Holzgerüst errichtet. Aus bisher noch unaufgeklärten Ursachen stürzte ein Teil des Gerüsts ein, wobei drei Arbeiter erheblich verletzt wurden. Es sind dies der 17jährige Baulehrer Willi Stebert aus der Heinersdorfer Straße 19a, in Lichterfelde, der Maurer Rudolf Engler aus der Dahlemer Straße 29, in Lichterfelde, und der 53jährige Bauarbeiter Wilhelm Wilke. Stebert und Engler zogen sich so schwere Verletzungen zu, daß sie durch die inzwischen alarmierte Feuerwehr in das Singen-Krankenhaus geschafft werden mußten. Wilke erlitt eine Brustverletzung und Hautabstürzungen und konnte auf seinen Wunsch nach Behandlung auf der nächsten Rettungsstelle in seine Wohnung entlassen werden. Die Polizei ist mit der Untersuchung des Vorfalles beschäftigt.

Neunte Woche Spreitweber-Prozess.

Vor Schluß der Beweisaufnahme.

Nachdem der Lühom-Prozess glücklich seinen Abschluß gefunden hat, eilt auch der Spreitweber-Prozess seinem Ende entgegen. Weber und insbesondere Peters schenken im Laufe der neunten Woche des Prozesses die letzten Kämpfe um eine milde Strafe aus. Gerade für Peters schien die Situation äußerst brenzlich geworden zu sein. Das Gericht hatte ihn darauf aufmerksam gemacht, daß auch Aktenunterdrückung und Falschbeurkundung in Frage kämen. Für dieses Verbrechen kennt aber das Gesetz, auf das allein Zustuhaus steht, keine mildernden Umstände. Nun wurde Peters mild: „Wenn die Dinge so stehen, so trame ich rücksichtslos aus.“ Nicht er habe im Falle des Generaldirektors der Deutschen Aluminiumwerke v. d. Porten die Akten vernichtet, sondern der Generaldirektor selbst habe sie in seiner Gegenwart aus dem Aktenband gerissen und sie freuz und quer zerissen. Das Gericht meint dazu, daß v. d. Porten eigentlich keine Veranlassung dazu gehabt habe, um so mehr aber Peters, der für die Ermittlungen von Schiebung, die diese Werte betrafen, und für die Herbeischaffung von 400000 M. zusammen mit zwei anderen Beamten 40000 M. erhalten und die Akten der Staatsanwaltschaft nicht übergeben hatte. V. d. Porten erklärt als Zeuge, Peters sage die Unwahrheit. Es kommt zu erregten Szenen.

Schließlich kommen die Sachverständigen zu Wort. Regierungsdirektor Köhler vom Polizeipräsidium erstattet ein derartig scharfes Gutachten gegen Weber und Peter, daß die Verteidiger es als Plädoyer eines Staatsanwalts bezeichnen. Die Spritsachverständigen Lesser-Glaercke und Dr. Simons sehen sich der Meinung, daß es vielfach unmöglich gewesen sei, 1 Million Liter Spirit im Laufe einer Woche nach Stahnsdorf zu schaffen. Dazu wären vier bis fünf Güterzüge nötig. Das Umpumpen mit Handpumpen hätte wenigstens 96 Tage in Anspruch genommen. Als letzter Sachverständiger erstattet Oberregierungsrat Dr. Weidner sein Gutachten und gibt Aufschluß über die Zustände in der Monopolverwaltung. Die Richtigkeits, die da nach dem Urteile geherrscht haben, seien aufs energigste bedauert worden. Weber hält dem entgegen, daß gerade in der Monopolverwaltung im allgemeinen die größten Mißbräuche vorgekommen seien. Montag sollen die Plädoyers beginnen; es verlaute aber, daß die Beweisaufnahme noch nicht erschöpft sei.

Ein nachahmendwertes Beispiel.

Das Bezirksamt Prenzlauer Berg veranstaltete am 7. Juni für die Inassen des Friedrich-Wilhelm-Hospitals, Fröbelstraße, eine Dampfzerfahrt nach Rauchfangswerder. Leitung und Kerzelschaft waren bemüht, durch launige Ansprachen und hübsche Gesangsvorträge die Stimmung der bedrückten Menschenkinder zu heben und sie ihre Leiden wenigstens für die paar Stunden vergessen zu lassen. Immer wieder versicherten die alten Leute, die Stiefelnder des Glücks, in begeisterten Worten, wie herrlich und unvergesslich dieser Tag für sie gewesen sei und wie sehr sie sich schon heute auf die nächste Fahrt freuten. Der Empfang, die Bewirtung und die ganze Art dieser Veranstaltung waren aber auch voll auf dazu angelegt, Freude zu erwecken. Eine wirkliche Wohltat, die von Herzen kam und zu Herzen ging!

Bei den Erfindern.

Erfinder und Erfindungen haben stets die Deffentlichkeit interessiert, allerdings fast nur, wenn die Erfindungen nennenswerte Fortschritte oder Erleichterungen im täglichen Leben brachten. Damit hörte meist das Interesse auf, jedenfalls haben Volk und Staat sich bisher wenig darum gekümmert, welchen finanziellen Effekt der Erfinder durch seine Erfindungsprodukte erlangte. Eine schöne Geschichte von dem bekannten „Erfinderschicksal“ in den Zeitungen, und die Sache war für die große Deffentlichkeit erledigt. Für den Erfinder selbst erledigte sie sich so, daß er Geist, Zeit und Geld und noch vieles andere hergab, während der Ausbeuter der Erfindung nicht selten reich wurde. In der Kochstraße 67 ist gestern eine „Ausstellung deutscher Erfindungen“ eröffnet worden, die bis zum 20. Juni bestehen bleibt und täglich von 10 bis 9 Uhr geöffnet ist. Die Veranstalter haben die gute Absicht, Privatfindern, den sogenannten kleinen Leuten, die Möglichkeit zu geben, ihre Geistesprodukte absetzen zu können, d. h. also zunächst einmal an die verwertende Industrie heranzukommen. Natürlich ist die Ausstellung nicht nur für die direkt Interessierten gedacht. Das große Publikum soll Gelegenheit haben, über allerlei Neuerungen auf allen Gebieten unterrichtet zu werden. Viel Neues finden Radiobastler, die Feislerachern wird zum hundertsten Male eine Trodenpfeife (erfunden) und bei den Kragnenknöpfen fehlt nur noch, daß sie gleich im Hemd eingewebt sind. Am produktivsten sind Erfinder und Konstrukteure bei Artikeln für die Hauswirtschaft. Ist nicht beispielsweise ein hygienischer Mülleimer, der im Nebenamt Ratten und Mäuse fängt, ein wertvoller Apparat? Daneben wurde eine Fülle von Erfindungen gezeigt, die wahrscheinlich nie den Weg in die Praxis finden werden. Ein Ruderstüchlein, der Wasserportieren auch im Winter das Rudern ermöglichen soll, wird kaum viel Anhänger finden, er liegt auch vorerst nur im Modell vor. Dagegen kann ein Fingerhut mit Ventilation auf Abnehmer aus Kreisen der Berufsherrinnen rechnen.

Leichtfertigkeit in einer Betriebswerkmeister. In der Betriebswerkmeistererei Kgl. (Rummelsburg-Abstellbahnhof) erlitt gestern vormittag ein Maschinenpuffer beim Reinigen des Rauchfangstamms infolge einer Explosion an beiden Händen und im Gesicht schwere Brandwunden. Der Verunglückte wurde von einem Arbeiter, der sich in der Nähe befand, gerettet. Wie wir dazu erfahren, hat sich der Betriebsrat wegen der Vornahme dieser Arbeiten durch beruflich ausgebildete Schornsteinfeger wiederholt an die Reichsbahndirektion gewandt. Bisher leider vergebens. Es ist zu hoffen, daß nunmehr endlich mit diesem Sparsystem, das mit Menschenleben so verschwenderisch umgeht, gebrochen wird.

Gewerkschaftsbewegung

Illusionspolitik.

Was vom englisch-russischen Einheitskomitee bleibt.

Das Präsidium des „Etki“ hat in seiner letzten Sitzung die fälligen Thesen für den englischen Generalstreik beschlossen. Aus dem Wust der schwülstigen Thesen sei nur folgende Stelle zitiert:

„Die englischen Gewerkschaftsführer trat dem englisch-russischen Einheitskomitee unter dem Druck der Massen (?) bei. Wenn sie jetzt — was nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern überaus wahrscheinlich ist — eine Schwächung nach rechts vollziehen und sich erneut Amsterdam nähern; wenn sie selbst das Englisch-Russische Einheitskomitee sprengen oder durch Boykott erledigen wollen, so wird das nur eine Selbstenttarnung werden und muß zum Zusammenstoß mit jenem Teil der Massen führen, der noch hinter ihnen steht.“

Offenbar ist Moskau wieder einmal um eine Enttäuschung reicher. Das englisch-russische Einheitskomitee schien nach den Darstellungen Moskaus die kapitalistische Welt und ganz besonders die internationale Gewerkschaftsbewegung aus den Angeln zu heben. Nun klingt es wie Grabgelächter. Die Purcell, Hicks, Ben Tillet, auf die Moskau so große Hoffnungen gesetzt hatte, haben selbstverständlich die Lebensnotwendigkeiten der englischen Arbeiterbewegung den Wünschen der Moskauer Regierung vorangestellt. Die englischen Gewerkschaften hängen ebensowenig wie etwa die deutschen Gewerkschaften von den Subventionen der Moskauer Regierung ab. Deshalb wird eine Einheitsfront mit Moskau solange nicht möglich sein, solange die Bolschewisten die Exponenten der russischen Politik sind. Ueber die „Einheitskomitees“, von denen die „Rote Fahne“ jetzt täglich soviel zu erzählen weiß, lächelt man nicht einmal mehr. Wenn Moskau für seine bare Münze dieses Gerede gleichfalls als bare Münze nimmt, dann wird es eine ebenso große Enttäuschung erleben wie mit dem englisch-russischen Einheitskomitee.

Die Lebenshaltung der russischen Bergarbeiter.

Nach offiziellen Dokumenten.

Vom 12. bis 21. Mai fand in Moskau der 5. Kongreß des Russischen Bergarbeiterverbandes statt. (Siehe „Trüb“ vom 12. bis 22. Mai 1926.) Der Kongreß beschäftigte sich hauptsächlich mit den Löhnen, der Arbeitsleistung, den Arbeiterschutzbestimmungen und den Wohnungsverhältnissen der Bergarbeiter.

Nach dem Bericht des Zentralkomitees des Verbandes betragen die Bergarbeiterlöhne gegenwärtig 48,74 Rubel monatlich, gleich 69,4 Proz. der Vorkriegslöhne.

Wohl sind die Löhne nominal im letzten Jahre nicht unerheblich gestiegen, jedoch ist diese Lohnsteigerung durch die außerordentliche Teuerung fast ganz illusorisch gemacht worden. Dabei wurde festgestellt, daß die Reallohnrate nur 69 Proz. der erdarmlichen Vorkriegslöhne ausmachen, daß jedoch

die Arbeitsleistung 90 Proz. der Vorkriegsleistung erreicht hat.

Aglow, der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare, erklärte in einer Rede auf dem Kongreß u. a., daß die Produktion gesteigert werden müsse, daß wiederhergestellt werden müsse, was die Revolution zerstört und die Zeit abgenutzt habe. Diese notwendigen Arbeiten seien langwierig und teuer. Trotz aller Anstrengungen der Regierung sei es umwahrscheinlich, daß das Land noch während mehrerer Jahre eine Kohlenkrise durchmachen werde. Es sei deshalb unbedingt notwendig, die Arbeitsleistung unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu steigern.

Welcher Raubbau mit der Arbeitskraft der Bergarbeiter getrieben wird, geht aus den verschiedenen Berichten hervor. Wohl beträgt auf dem Papier des Arbeitsgesetzbuchs die Arbeitszeit der Bergarbeiter sechs Stunden unter Tage. Tatsächlich wird jedoch

im Durchschnitt 8 bis 9 Stunden gearbeitet.

Die technischen Angestellten arbeiten sogar 10 bis 12 Stunden. Dieses Ueberbürdungs-system wurde von allen Delegierten kritisiert.

Unter diesen Umständen ist es nicht überraschend, daß im Jahre 1925 die Anzahl der Unfälle um 33 Proz. gegenüber dem Vorjahre zugenommen hat. Dabei bemerkte der Arbeitskommissar Schmid, daß, wenn bis jetzt noch keine großen Katastrophen im Bergbau zu beklagen gewesen sind, so liegt das vor allen Dingen daran, daß die Schächte nicht sehr tief seien. Das würde sich jedoch mit dem Fortschreiten des Bergbaues noch ändern. Die Delegierten wiesen insbesondere auf die völlig ungenügende Zahl der Grubenkontrolloren hin. In der Petroleumindustrie im Kaukasus gebe es nur einen Grubeninspektor auf 10 000 Betriebe. Weithin sei die Situation im Donezbecken. Es wurde dabei auf die schlechten Arbeitsverhältnisse hingewiesen. 37 Proz. der Lampen entsprächen nur den Sicherheitsvorschriften, 42 Proz. der Kohlengruben seien genügend gelüftet. Zu diesen schlechten Arbeitsbedingungen kommen noch die Ueberfrachten und die elenden Wohnungsverhältnisse. Im Durchschnitt käme auf einen Arbeiter

ein Wohnraum von 5 bis 6 Quadratmeter.

In gewissen Gegenden kämen dagegen im Durchschnitt sogar nur ein Wohnraum von 2 Quadratmetern auf den Arbeiter. Nach der Erhebung durch das Arbeitsministerium verfügen nur 13 Proz. der Arbeiter über drei Räume, 34 Proz. über zwei und 53 Proz. über einen Raum. In allen diesen Wohnhäusern, auch in denen, die nur aus einem Zimmer bestehen, wohnen mehrere Familien zusammen. Die Hälfte der Wohnungen bedürfen dringender Reparaturen. Die neuen Wohnungen, die gebaut worden

seien, würden schnell ruiniert, weil sie überfüllt sind. Dazu komme die ungenügende ärztliche Hilfe. Auf den Zechen gebe es so gut wie keine Verbandsstationen und die Verunglückten müßten 6 bis 7 Kilometer weit transportiert werden. Es sei im Winter vorgekommen, daß Kranke auf dem Transport erfroren sind.

In den Goldbergwerken gebe es kein Krankenhaus. Die Ambulatorien und Krankenhäuser im Ural und im Kaukasus sind in einem derartigen Zustand, daß sie nach den Berichten der Delegierten ständig in Gefahr sind, zusammenzufallen. Es fehle an Matratzen, Decken, die Bettmatten werde selten gewaschen, so daß oft die Arbeiter, die einmal in einem Krankenhaus waren, sich weigern, dorthin zurückzukehren. Ähnlich sind die Klagen über die ungenügende Anzahl der Ärzte, wodurch die Kranken oft vier bis fünf Tage warten müssen, bis sie behandelt werden können. Ueber die innere gewerkschaftliche Verwaltung fällt das Zentralkomitee ein nicht gerade schmeichelhaftes Urteil. Wohl sei die Verwaltung etwas weniger schwerfällig und teuer geworden. Aber der Grundgedanke der gewerkschaftlichen Demokratie werde nicht überall durchgeführt. Vielfach kümmernten sich die Angestellten und Funktionäre nicht mehr um ihre Wähler, sobald sie einmal gewählt sind. Von den Delegierten wurde u. a. angeführt, daß vielfach die gewerkschaftliche Demokratie sich schnell in eine gewerkschaftliche Bürokratie umgewandelt habe und daß die Fälle, wo die oberen Gewerkschaftsinstanzen einen Druck ausüben, um in den Ortsverwaltungen die Wahl von Personen zu verhindern, die ihnen unangenehm sind, noch sehr häufig vorkommen. In den Verammlungen werde einem Arbeiter oft das Wort entzogen, der die Tätigkeit der Organisation zu kritisieren versuche. Der Kongreß nahm schließlich eine Reihe von Beschlüssen an, die die Abstellung der gerügten Mängel fördern und insbesondere auch die Rationalisierung des Bergbaues als Notwendigkeit voranstellen.

Immer noch das Kraftwerk Rummelsburg.

Heute finden zwischen den beteiligten Organisationen neue Verhandlungen über die Auslegung der verschiedenen Bestimmungen statt, die zur Beilegung des Kampfes auf dem Kraftwerke Rummelsburg vereinbart worden sind. So war insbesondere vereinbart worden, daß keine Maßregelung stattfinden und sämtliche Arbeiter bis heute, den 14. Juni, wieder eingestellt werden sollen. Einzelne der Firmen, die an dem Bau beteiligt sind, haben sich bei der Einhaltung der Bestimmungen etwas widerpaarig gezeigt. Die Firma Bosman u. Knauer hat sich geweigert, 14 Bauarbeiter wieder einzustellen.

Weder die Arbeiter des Kraftwerks Rummelsburg noch die Organisationen der Metall- und Bauarbeiter sind gewillt, einen Bruch des Abkommens hinzunehmen. Von der Bauleitung ist allerdings versichert worden, daß alles getan werden würde, um die Firmen zur Einhaltung des Abkommens anzuhalten. Wir wollen hoffen, daß dies auch gelingen wird.

Eine Richtigstellung der englischen Gewerkschaften.

Woran die englische Regierung Anstoß nimmt.

London, 14. Juni. (E.P.) Der Rat der englischen Gewerkschaften erklärt, daß der Scheit, den er während des Streiks aus Russland erhielt, von den russischen Arbeiterverbänden stammte und zu rückgewiesen worden sei. Von der russischen Regierung sei niemals Geld direkt oder indirekt an die englischen Gewerkschaften gefandt worden. Die englische Rote an Russland basierte auf dem Vorwurf, daß die russische Regierung die Abwendung von Geldern der russischen Gewerkschaften zum Zwecke der Unterstützung des englischen Generalstreiks erlaubt habe.

London, 14. Juni. (E.P.) Der Generalsekretär des Gewerkschaftskongresses hat einen Brief an Baldwin gerichtet, in dem er in Abrede stellt, daß die Gewerkschaften je von der Sowjetregierung Unterstützung erhalten hätten. In Kreisen des Foreign Office erklärt man aber, daß dieser Brief die Lage nicht genau wiedergebe. Man werte der Sowjetregierung vor, daß die genannten Unterstützungen, die doch einem revolutionären Zweck dienen sollten, nicht verboten zu haben (?). Man betrachte ferner gewisse Erklärungen von Sowjetpersönlichkeiten als unfreundliche Handlungen gegenüber England als Beweis dafür, daß die Sowjetregierung den englischen Generalstreik und den Grubenarbeiterstreik als eine revolutionäre Bewegung ansehe. Man nimmt an, daß dieser Standpunkt auch in der Rote an die Sowjetregierung auseinandergesetzt worden ist.

Die Sammlungen für die englischen Bergarbeiter.

London, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Hilfsaktion des Frauenkomitees, das sich die Unterstützung der Bergarbeiterfrauen und -kinder zur Aufgabe gesetzt und bereits rund 40 000 Pfund Sterling gesammelt hatte, erhält neuerlich eine starke moralische Unterstützung durch einen am Sonntag der Presse übergebenen Aufruf. Dieser Aufruf, welcher im Hinblick auf die Haltung des Bringen von Bales zur Unterstützung notleidender Frauen und Kinder der Bergbaubetriebe aufruft, ist von einem Mitglied des königlichen Hauses (1), einem Bischof, ferner dem berühmten General Hamilton und den weltbekannten Schriftstellern und Künstlern Wells und Chesterton gezeichnet.

In der Inflationssange.

Paris, 14. Juni. (E.P.) Die Staatsbeamten aller Kategorien haben für heute vor der Kammer eine Massendemonstration angefangt, um die gleitende Gehaltskala zu fordern. In den Verhandlungen des Finanzministeriums mit den verschiedenen Delegationen der Staatsbeamten wurde diesen eine Lohnserhöhung von 12 1/2 Proz. versprochen, die aber als ungenügend angesehen wird. Besonders scharf ist der Konflikt zwischen der Regierung und den Beamten für die indirekten Steuern. Der Sekretär dieser Gewerkschaft hatte ein Schreiben an die Mitglieder veröffentlicht, worin er sie zum Generalstreik aufforderte, wenn die gleitende Gehaltskala nicht bewilligt würde. Der Sekretär wurde daraufhin vor ein Disziplinargericht geladen.

Eine Arbeiter-Sänger-Internationale.

Gründungskongreß in Hamburg.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund hat seine gegenwärtig in Hamburg tagende 6. Bundessammlungsversammlung eingeleitet mit der Gründung einer Arbeiter-Sänger-Internationale. Die Teilnahme an dieser, für die gesamte internationale Arbeiterbewegung bedeutungsvollen Gründung, waren vom Bundesvorstand eingeladen die Arbeiter-Sängerbünde in Belgien, Dänemark, England, Esth-Lothringen, Holland, Italien, Letland, Nord-Amerika, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei. Zustimmungen sind eingelaufen von Belgien, Dänemark, England, Holland, Schweiz, und Desterreich haben entsandt: Reichsverband der Arbeiter-Sängervereine Oesterreichs (Gränzel), Verband der Deutschen Arbeiter-Sängervereine der Tschechoslowakischen Republik (Wlitz), Ungarischer Arbeiter-Sängerbund (Schein), Esth-Lothringischer Arbeiter-Sängerbund (Bonn).

Der erste Vorsitzende des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, Meyer, eröffnete und leitete die Konferenz. Ein von Dr. Guttman vorbereiteter Satzungsentwurf wurde mit unbedeutenden Änderungen angenommen. Ausgabe der Arbeiter-Sänger-Internationale ist die Annäherung der Völker durch die Herausgabe von Chören von Volks- und Kampfsiedern, die erfüllt sind von völkerverbrüderndem sozialistischen Geist. Verbände aller Länder und Nationen können nach dem Satzungsentwurf Mitglied der Arbeiter-Sänger-Internationale werden, die dem Zweck dieser Organisation zu dienen wünschen. Verbände verschiedener Nationalität — wie etwa in der Tschechoslowakischen Republik — sollen gleich berechtigt sein, Mitglied der Internationale zu werden. Parteipolitische Unterschiede innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung sollen nach Möglichkeit überbrückt werden. Ueber die Aufnahme einer Organisation in die Internationale entscheidet der geschäftsführende Ausschuss mit einfacher Mehrheit. Sitz der Internationale soll Berlin sein. Das Sekretariat der Arbeiter-Sänger-Internationale wird beim Vorstand des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes eingerichtet. Finanziert wird die Organisation durch einen Beitrag von zunächst 2 Pf. pro Jahr und Mitglied der angeschlossenen Verbände. Die Kosten von internationalen Kongressen werden durch Sonderumlagen gedeckt, für die Delegationen soll eine Umlage von 1 Pf. je Mitglied erhoben werden. Bei Abstimmungen sollen den angeschlossenen Organisationen zustehen bis 10 000 Mitglieder eine Stimme, bis 50 000 Mitglieder eine weitere Stimme. Zwei Kommissionen sollen gewählt werden und zwar eine für die künstlerische Aufgabe der Internationale: die Herausgabe von Kampfsiedern mit Texten in den Sprachen der angeschlossenen Verbände und Sammlung von Volksliedern der verschiedenen Nationen, — und eine zweite Kommission für die organisatorischen Aufgaben. Als eine weitere Aufgabe der Internationale ist die Herausgabe eines mehrsprachigen Mitteilungsblattes gedacht.

Sport.

Motorradrennen auf der Aous.

Vor einer recht zahlreichen Zuschauermenge wurden am Sonntag auf der Aousbahn die Frühjahrrennen des Deutschen Motorradfahrerverbandes ausgetragen. In einzelnen Gruppen, so bei den 175, 500, 750 und 1000 ccm Maschinen konnten deutsche Fabrikate über schärfste ausländische Konkurrenz triumphieren. Den Schluß der gelungenen Veranstaltung bildete ein 200-Kilometer-Rennen um die Klubmeisterschaft des Deutschen Motorradklubs, das der Motorrad-Sportklub Berlin überlegen gewinnen konnte. — Einige Ergebnisse:

Rennen I, 39,9 Kilometer. Leichtmotorräder bis 175 ccm, 39,9 Kilometer: 1. Sprunz-Rohpau (DAB.) 24:31 (97,6 km/h). — Leichtmotorräder bis 250 ccm, 39,9 Kilometer: 1. Kurt Ochardt-Stuttgart (DAB.) 23:50,4 (109,4 km/h). — Rennen II, 39,9 Kilometer. Krafträder bis 250 ccm: 1. Herbert Ernst-Wesslau (WAG.) 21:07,4 (113,5 km/h). — Krafträder bis 500 ccm: 1. Th. Gieseler (DAB.) 20:02,4 (119,7 km/h). — Rennen III, 39,9 Kilometer. Motorräder bis 750 ccm: 1. Burgenländer-Berlin (DAB.) 20:43 (118 km/h). — Motorräder bis 1000 ccm: 1. Hermann-Rohpau (Robeco) 20:57,3 (113,4 km/h). — Rennen IV, 39,9 Kilometer. Beiwagenmaschinen bis 600 ccm: 1. Theobald-Wilhelm (Victoria) 23:06,2 (100,7 km/h). — Beiwagenmaschinen bis 1000 ccm: 1. Hülse-Berlin (Zap) 21:27,8 (111,4 km/h). — Reichsliste der deutschen Motorrad-Klubs: 1. Motorrad-Sportklub Berlin.

Sawall gewinnt „Die Hundert“.

Nur noch sechs befehlige Tribünen wurde am gestrigen Sonntag auf der Trippinger Bahn „Die Hundert“ ausgefahren. Das Rennen selbst, das zwei Rufe je 50 Kilometer vor sich, verlief sehr komplikiert. Im ersten Lauf gab es folgenden Start: 1. Van Ruffefeldt (Belgien) vor Wittig, Sawall und Banderkunt (Belgien). Van Ruffefeldt verlor die Spitze bis zum Schluß des ersten Laufs. Der an dritter Stelle liegende Sawall wurde nach 12 Runden von Banderkunt (Belgien) überholt. Banderkunt verlor die Spitze, wurde aber durch den Belgier diesen Platz nicht halten. Schon in der 27. Runde ging Sawall unter Krügers Führung wieder an Banderkunt vorbei. Nach einem schönen Kampf konnte dann Sawall in der 49. Runde den hinter Ruffefeldt liegenden Wittig passieren. 10 Runden vor Schluß ging Sawall in seiner bekannten Art noch kräftig gegen Ruffefeldt vor, konnte aber den Belgier nicht mehr verdrängen. Der 10 Meter vor Sawall die Streckführung in 46 Min. 42 Sek. beendet. Dritter wurde Wittig (60) vor Banderkunt (120 Meter zurück).

Der zweite Lauf, der von Beginn an mit Regen bedeckt wurde, brachte so gut wie keine Kampfmomente. Die Streckführung wurde von Banderkunt vor Sawall, Wittig und Ruffefeldt. Ein in der 30. Runde von Sawall unternommenen Angriff auf Banderkunt verpuffte zunächst. Einige Runden später mußte der Belgier die Führung an „Weller“ abtreten, der in diesem Lauf als Sieger hervortrat. Banderkunt hielt seinen Rück gegen Wittig. Van Ruffefeldt verlor die Spitze zunächst. Der 2. Lauf brachte folgendes Ergebnis: 1. Sawall 46 Min. 42 Sek. vor Banderkunt (60), Wittig (60) und van Ruffefeldt (60 Meter zurück). Im Gesamt-Ergebnis ging Sawall (99,900 Kilometer) vor Banderkunt (99,850 Kilometer) und van Ruffefeldt (99,700 Kilometer) ab. Bei den Fliegerrennen behaupteten sich im Hauptpaar Wittig (60) im Malfachen Rennen, im 20-Runden-Turnier fahren Garage und im Entschädigungsturnier Coen.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Ernst Salfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: R. A. Eiden; Soziales und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: Th. Gieseler; Redaktion: Berlin; Verlags: Hermann-Wilhelm Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Wilhelm Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. m. b. H., Lindenstraße 2.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Die Sitzung der engeren Verwaltung fällt am Dienstag, den 15. d. Mts., aus.

Der gute Kapitän-Kaufabak
C. Rücker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3661

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sog. Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsäcker Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6825, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4, Tel.: Pflanzburg 9031
Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstraße 39-40 (Alexander
Passage), Telefon: Königsstadt 540
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführg. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Adolf Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Wohin?
Luftkurort Lenz (Perle Meckl.)
20 Jahre im Besitz. Direkt an großen Laub- u. Nadelwäldern u. Wasser gelegen. Gute Pension. Prosp. einford.
C. Ogorski
Lenz b. Malchow i. Meckl. Tel. 45.

Krause-Pianos zur Miete
Ausbacher Str. 1, Lichtenberg

Gardinen!
Sonderangebote und Gelegenheitskäufe
in
Künstler-Gardinen... 2.90
Madras-Gardinen... 4.-
Stores... 2.20
Bettdecken 1 bettig... 4.-
Bettdecken 2 bettig... 8.-
Spez.-Gardinenwerkst. Neukölln, Bergstr. 67 am Ringbahnhof. Kein Laden!

Gummi-Mäntel
für Herren, Damen u. Kinder, vorrätig nach Maß
Petersen, Wind-Jacken, Reparaturen
Spezialgeschäft Weinheber, Peterstr. 3 a d. Gertraudenstr.

Trinkt nur Sinalco

Die echte Bilzbrause
nahrhaft, erfrischend, bekömmlich, da aus bestem Zucker und naturreinem Fruchtaroma hergestellt

Magenbeschwerden
aller Art
auch Sodbrennen, Aufstossen
beseitigt schnell und sicher
Apotheker Schuh's Magenwein
Fordern Sie nur diese Marke in den Apotheken und Drogerien.
Zu haben in allen Apotheken.
Dortselbst ist auch das bestens empfohlene Mittel gegen Arterienverkalkung
CORDOL
zu haben, sowie alle homöopathischen Mittel.
Weitere Verkaufsstellen weisen nach C. Schmittner & Co., Berlin-Wilmersdorf, Babelsberger Straße 2. — Hamburg 4074 und 3099.

Lebenslängliche Garantie
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften
Trauringe
zu billigsten Preisen
in den gediegensten Ausführungen
— Standard ca. 30° St. auf Laer —
Preisliste gratis!
Ges. geschützt **Hermann Wiese, Berlin** N. 24, Artilleriestr. 30
W, Passauer Straße 12
Bei Verlust werden die von mir gekauften Trauringe innerhalb eines Jahres zum vollen Preise zurückgenommen.